
Consumer Science

**Gemeinsames Wohnen im Alter:
Ein Beitrag zum nachhaltigen Konsum?**

Forschungsbericht

Michael Bilharz

April 2008

Consumer Science

**Gemeinsames Wohnen im Alter:
Ein Beitrag zum nachhaltigen Konsum?**

Forschungsbericht

Michael Bilharz

**Verbundforschungsprojekt „Verbraucherpolitik als Innovations- und Erfolgsfaktor für
Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern“ (VIER)**

Teilprojekt „Pro-Artikulationen als verbraucherpolitische Instrumente zur Förderung von
Nachhaltigkeits-Innovationen“

IMPRESSUM

AUTOREN

Dr. Michael Bilharz

TU München
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
Professur für Betriebswirtschaftslehre
Brau- und Lebensmittelindustrie

Alte Akademie 14, D – 85354 Freising
Tel.: +49-8161-71 3279
Fax: +49-8161-71 3209
<http://www.food.wi.tum.de>

HERAUSGEBER

TU München
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
Professur für Betriebswirtschaftslehre
Brau- und Lebensmittelindustrie
Prof. Dr. Frank-Martin Belz
Alte Akademie 14, D – 85354 Freising
Tel.: +49-8161-71 3279
Fax: +49-8161-71 3209
<http://www.food.wi.tum.de>

GESCHÄFTSSTELLE MASTER CONSUMER SCIENCE

TU München
Studienfakultät Consumer Science
Alte Akademie 14, D – 85354 Freising
Tel.: +49-8161-71 3279
Fax: +49-8161-71 3209
<http://www.cs.wi.tum.de>



**Das Verbundforschungsprojekt wird gefördert
durch das Bayerische Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Zusammenfassung

Gemeinsame Wohnformen im Alter haben in den letzten Jahren eine erhöhte Aufmerksamkeit in der gerontologischen Forschung, aber auch in den Medien erhalten. Es lässt sich – ausgehend von einem niedrigen Verbreitungsniveau – eine steigende Nachfrage nach solchen neuen Wohnformen im Alter feststellen.

Der Bericht fasst den Erkenntnisstand zu gemeinsamem Wohnen im Alter zusammen. Darüber hinaus ergänzt er die vorherrschende gerontologische Sichtweise auf das Thema gemeinsamen Wohnens im Alter um eine an der Zielsetzung nachhaltigen Konsums orientierte Perspektive. Es wird herausgearbeitet, ob und unter welchen Voraussetzungen gemeinsames Wohnen im Alter als Beitrag zur Förderung nachhaltigen Konsums verstanden werden kann. Hieraus werden Schlussfolgerungen für die Verbraucherpolitik abgeleitet.

Schlüsselbegriffe

Nachhaltiger Konsum, Gemeinsames Wohnen im Alter, Verbraucherberatung, Verbraucherpolitik



**Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Gemeinsames Wohnen im Alter: Ein Überblick.....	2
2.1	Begriffsverständnis	2
2.2	Motivation zum gemeinsamen Wohnen.....	4
2.3	Chancen und Probleme der Umsetzung.....	4
2.4	Status Quo und Ausblick	7
3	Gemeinsames Wohnen im Alter: Eine Nachhaltigkeitsinnovation?	9
3.1	Ökologische Betrachtung	11
3.2	Ökonomische Betrachtung.....	12
3.3	Soziale Betrachtung	13
3.4	Fazit.....	14
4	Verbraucherpolitische Schlussfolgerungen.....	15
	Literaturverzeichnis	18
	Angaben zum Autor.....	21

1 Einleitung

Die „Rentner-WG“ ist zweifelsohne ein Medienthema geworden. Die gemeinschaftliche Wohnform, die für Studenten längst „normal“ und auch gesellschaftlich akzeptiert ist, stößt (noch) auf Erstaunen (und damit auf mediales Interesse), wenn es sich bei den Bewohnern um ältere Menschen handelt. Dieses mediale Interesse beschränkt sich dabei nicht nur auf „Rentner-WGs“, sondern betrifft auch andere neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens im Alter wie z.B. das Mehrgenerationenwohnen. Beim Mehrgenerationenwohnen lebt die – vielfach idealisierte – Idee einer Großfamilie jenseits enger familiärer Beziehungen neu auf: Alt hilft Jung und Jung hilft Alt.

Aus dem medialen Interesse lässt sich jedoch nicht auf die reale Bedeutung im Wohnalltag älterer Menschen schließen. Kritiker weisen mit Blick auf die geringe Anzahl derartiger Wohnprojekte darauf hin, dass es sich „nur“ um ein Medienthema und weniger um ein Konsumententhema handelt (Höpflinger 2004, S. 121-122). Diese berechtigte Kritik darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nachfrage und auch die Zahl neuer gemeinschaftlicher Alterswohnprojekte beständig ansteigt (KDA 2006, S. 29): „Mehr und mehr Menschen finden neue, kreative Antworten auf die Frage, wo und wie sie alt werden möchten, und treten den Beweis an, dass das Ende der Erwerbstätigkeit kein Abschiednehmen auf Raten ist, sondern die einzigartige Chance bietet, eine immer länger und wichtiger werdende Lebensphase nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten“ (Fuchs/Orth 2003, S. 9).

Im Sinne einer modernen Verbraucherpolitik, die die proaktive Gestaltung zukünftig relevanter Märkte im Blick hat (Belz/Bilharz 2007, S. 42), erscheint es deshalb notwendig, über die Analyse aktueller Marktanteile hinaus das grundsätzliche Potenzial dieser neuen gemeinschaftlichen Wohnformen zu erfassen. Denn es besteht Einigkeit darin, dass die gesellschaftliche Bedeutung des Wohnens im Alter bedingt durch den demografischen Wandel stark zunehmen wird (zusammenfassend: Krämer 2005).

Der vorliegende Beitrag verknüpft die Herausforderung des demografischen Wandels mit der übergeordneten Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung (Belz/Bilharz 2007). Er geht der Frage nach, welches Potenzial gemeinschaftliche Wohnformen im Alter zur Verringerung sozial-ökologischer Problemlagen beinhalten und inwiefern sie vor diesem Hintergrund bei der Förderung nachhaltigen Konsums stärkere Berücksichtigung finden sollten. Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: In Kapitel 2 wird ein Überblick über gemeinsame Wohnformen im Alter gegeben. Kapitel 3 geht der Frage nach, ob man bei gemeinschaftlichen Wohnformen im Alter von Nachhaltigkeitsinnovationen sprechen kann. Hierzu wird eine

Analyse anhand der drei Bewertungsrationalitäten der Nachhaltigkeit (ökologische, soziale und ökonomische Rationalität) (ebd., S. 24) vorgenommen. Auf dieser Basis werden in Kapitel 4 mögliche Perspektiven gemeinschaftlichen Wohnens im Alter aufgezeigt. Der Beitrag schließt mit verbraucherpolitischen Schlussfolgerungen (Kapitel 5).

2 Gemeinsames Wohnen im Alter: Ein Überblick

2.1 Begriffsverständnis

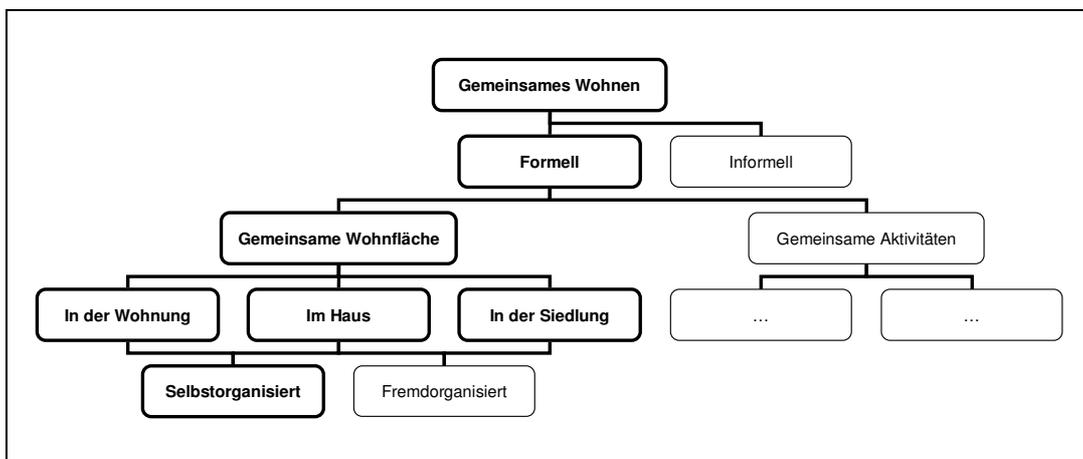
Der Begriff des gemeinsamen Wohnens im Alter schränkt die betrachteten Wohnformen in zweierlei Hinsicht ein. Zum einen geht es um die Wohnformen älterer Menschen. Als „ältere Menschen“ werden gemeinhin Menschen bezeichnet, die 65 Jahre und älter sind (BmFSFJ 2005, S. 35). Diese Definition dient auch diesem Beitrag als Grundlage. Allerdings verstehe ich diese Definition nicht als „trennscharfe“ Abgrenzung, sondern als grobe Orientierung für die Argumentation, da es für die Analyse der Wohnformen primär um die Zielsetzung („gemeinsam alt zu werden“) und weniger um das exakte Lebensalter geht.

Zum anderen geht es um „gemeinsames“ Wohnen und damit um einen einzelnen Aspekt bzw. eine einzelne Zielsetzung des Wohnens. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass Wohnen immer im Spannungsfeld der sich widersprechenden Zielsetzungen von Individualität und Intimität auf der einen sowie von Gemeinschaft und Integration auf der anderen Seite steht (Schauerte et al. 1998, S. 153, 201). Nur der Eremit verzichtet bewusst auf Gemeinschaft, während menschliche Behausungen immer auch mehr oder weniger auf gemeinschaftliche, integrative Aspekte Rücksicht nehmen. Dementsprechend ist eine klare Trennung zwischen gemeinschaftlichen und „nichtgemeinschaftlichen“ Wohnformen nicht ohne weiteres möglich. Die Grenzen sind vielmehr fließend und die Zahl der Definitionen und Abgrenzungen zahlreich (Höpflinger 2004, S. 102). Das Zusammenwohnen eines Ehepaares, Wohngemeinschaften, Mehrfamilienhäuser mit informellen oder formellen Nachbarschaftsbeziehungen oder quartiersbezogene gemeinschaftliche Aktionen: Überall finden sich Aspekte gemeinsamen Wohnens, die – unabhängig von der realisierten Wohnform – unterschiedliche Intensität und Ausprägung annehmen können.

Eine Differenzierung gemeinsamen Wohnens ist in Abbildung 1 dargestellt. Demnach kann sich gemeinsames Wohnen auf formelle (z.B. gemeinsam gemietete/erworbene Räume) als auch auf informelle (z.B. traditionelle Nachbarschaftshilfe) Aspekte beziehen. Im Hinblick auf den verbraucherpolitischen Fokus dieser Arbeit sollen im Folgenden unter dem Begriff gemeinsamen Wohnens nur solche Wohnformen subsumiert werden, die explizit von

konventionellen Wohnformen abweichende Maßnahmen zur Verankerung gemeinschaftlicher Aktivitäten vorsehen. Informelle Tätigkeiten zur Förderung des Gemeinschaftsaspekts in unterschiedlichen Wohnformen werden von mir nicht berücksichtigt. Die Gewährleistung gemeinschaftlicher Aktivitäten kann auf der einen Seite durch gemeinsam genutzte Wohnflächen (z.B. Aufenthaltsräume) und auf der anderen Seite durch (vertraglich) geregelte Gemeinschaftsaktivitäten erfolgen. Beides kann, muss aber nicht zusammenfallen. Zur Eingrenzung des Untersuchungsgebietes beschränke ich mich auf solche Wohnformen, die gemeinsam genutzte Wohnflächen aufweisen. Weitere Unterscheidungen sind möglich. Zum einen kann diese gemeinsam genutzte Wohnfläche innerhalb einer Wohnung, eines Hauses oder innerhalb einer Siedlung zur Verfügung stehen. Schließlich kann die Organisation der Gemeinschaftsfläche selbst- oder fremdbestimmt sein. Letzteres ist eng (wenn auch nicht ausschließlich) mit der Frage von Betreuungsdienstleistungen verknüpft. Da dieser Fall grundlegende Fragen jenseits des hier verfolgten Untersuchungsfokus betrifft, werden fremdbestimmte Wohnprojekte mit hohem Betreuungsgrad ebenfalls aus der vorliegenden Untersuchung ausgeklammert. Diese Unterscheidung lässt sich auch damit begründen, dass bei solchen Wohnprojekten wie z.B. beim „Service-Wohnen“ nicht die Gemeinschaftsorientierung, sondern die Versorgungssicherheit im Vordergrund steht (Sennlaub 2005, S. 172). Weitere Unterscheidungen sind möglich und werden in der Literatur vorgenommen, insbesondere die Frage der Altersmischung oder die Frage, ob das Wohnprojekt Menschen mit unterschiedlichen Gesundheitszuständen beherbergt (zusammenfassend: Hieber et al. 2005, S. 13-17; Ihlenfeldt 2006, S. 55-59). Unter den gemachten Einschränkungen lassen sich Wohnformen gemeinsamen Wohnens in drei Kategorien aufteilen: Wohn-, Haus- und Siedlungs- oder Quartiersgemeinschaften (Weeber/Hörmler 1998, S. 58-59).

Abbildung 1: Formen gemeinsamen Wohnens



2.2 Motivation zum gemeinsamen Wohnen

Höpflinger (2004, S. 103-104) führt drei zentrale Motive für gemeinschaftliche Wohnformen im Alter an:

Stärkung und Neugestaltung sozialer Austauschbeziehungen: Gemeinschaftliche Wohnformen bieten die Möglichkeit, gezielt neue soziale Kontakte aufzubauen und zu sichern. In diesem Zusammenhang ist auch der Wunsch zu nennen, weiterhin einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen (Fuchs/Orth 2003, S. 13).

Selbstbestimmte Sicherung von Versorgungssicherheit: Insbesondere im hohen Lebensalter besteht die Gefahr, dass gesundheitliche Einschränkungen zur plötzlichen Aufgabe von Selbstbestimmung durch die Notwendigkeit von Fremdbetreuung führen. Dem kann – je nach Pflegebedarf – durch den selbstbestimmten Aufbau von Hilfe entgegengewirkt werden.

Wirtschaftliche Vorteile: Durch gemeinschaftlich genutzte Wohnfläche, Gebrauchsgüter und Dienstleistungen können Kosten eingespart werden. Fuchs/Orth (ebd., S. 14) weisen darauf hin, dass aus diesem Grund – ob gesellschaftspolitisch gewollt oder nicht – das gemeinschaftliche Wohnen Zukunft haben wird, da es zunehmend auch notbedingt realisiert werden wird.

Diesen Motiven zu und Vorteilen von gemeinschaftlichen Wohnformen stehen allerdings hohe Anforderungen für die erfolgreiche Realisierung gegenüber (Höpflinger 2004, S. 104). Dies betrifft sowohl räumliche als auch in hohem Maße menschliche Voraussetzungen. Ein stabilisierendes Fundament kann es deshalb sein, wenn die Motivation für gemeinsames Wohnen (unter anderem) eine gemeinsame Lebensanschauung beinhaltet, die z.B. spiritueller oder philosophischer Natur sein kann (Fuchs/Orth 2003, S. 94-99). Dies kann eine hilfreiche „Stütze“ für den Aufbau einer homogenen Gruppe sein und einen gemeinsamen, über Einzelinteressen hinausgehenden Anker bilden, wie verschiedene Projekte bereits zeigen (ebd.).

2.3 Chancen und Probleme der Umsetzung

Die Vorteile gemeinsamen Wohnens lassen sich direkt aus den Motiven ableiten. Zu nennen wäre insbesondere die Erhöhung der Lebensqualität durch stärkere und intensivere soziale Beziehungen im näheren Wohnumfeld. Dies betrifft zum einen die Stärkung informeller Hilfeleistungen im Sinne traditioneller Nachbarschaftshilfe. Zum anderen kann durch gemeinschaftliches Wohnen gerade im Alter einer Ausdünnung sozialer Netzwerke, ins-

besondere durch altersbedingte Todesfälle im Freundes- und Bekanntenkreis, systematisch begegnet werden. Der Bekanntenkreis kann sich z.B. durch Freunde und Verwandte der Mitbewohner beträchtlich erweitern (Keller 2006, S. 91). Daneben werden beim gemeinschaftlichen Wohnen auch Kostenvorteile durch gemeinsam genutzte Güter angenommen (Weeber/Hörmler 1998, S. 57-58; Fuchs/Orth 2003, S. 34; Höpflinger 2004, S. 104).

Diese Vorteile stellen sich allerdings nicht von alleine ein. Beispielsweise können Wohn- oder Hausgemeinschaften durch höhere Kosten für zusätzliche Gemeinschaftsräume teurer als traditionelle Wohnformen werden. Auch die sozialen Vorteile müssen „erarbeitet“ werden. Ihre Realisierung hängt stark von menschlichen Faktoren wie Sympathieempfinden ab (Hieber et al. 2005, S. 102). Alltagskommunikation kann durch die besondere Nähe beim gemeinsamen Wohnen stärker emotional aufgeladen werden und zu schwerwiegenden Problemen führen. Bei größeren Wohnprojekten ist deshalb ein – möglichst professionelles – Konfliktmanagement notwendig (Schauerte et al. 1998, S. 114). Die höhere soziale Einbindung bedeutet außerdem eine geringere individuelle Flexibilität. Dies gilt insbesondere für Wohngemeinschaften. Es muss nicht nur stärker Rücksicht auf die besonderen Befindlichkeiten verschiedener Menschen genommen, sondern es müssen auch Alltagsdinge in höherem Maße mit anderen Mitbewohnern abgesprochen und ausgehandelt werden. Soziale Beziehungen bedürfen demnach auch und besonders beim gemeinsamen Wohnen einer „besonderen Pflege“ und gehen mit höherem Organisationsaufwand einher. Das Maß an erwünschter Gemeinschaft muss immer wieder neu ausgehandelt und austariert werden (KDA 2006, S. 29). Dies erscheint umso einfacher, je homogener eine Wohngruppe ist. Andererseits schränkt Homogenität die Möglichkeiten zur gegenseitigen Hilfe ein, wenn die Kräfte der Beteiligten in mehr oder weniger gleichem Maße nachlassen. Damit gemeinsames Wohnen im Alter funktionieren kann, „dürfen nicht alle ganz gleich, nicht ganz gleich alt, gebrechlich oder gar pflegebedürftig sein“ (Göschel 2007, S. 24).

Gemeinschaftliche Wohnformen stellen aus diesem Grund auch besondere Anforderungen an die bauliche Umsetzung der Wohnungen. Dies beinhaltet bei Neubauten auf der einen Seite einen höheren Planungsaufwand für Investoren (Schauerte et al. 1998, S. 114). Auf der anderen Seite geht damit die Angst von Vermietern einher, dass Wohnungen und Häuser nur noch für ein spezifisches Marktsegment vermietbar sind, wenn sie auf gemeinsame Wohnformen zugeschnitten wurden (Weeber/Hörmler 1998, S. 54). Im Bestand ist es hingegen für an gemeinschaftlichem Wohnen Interessierte schwierig, geeignete Wohnungen oder Häuser zu finden (KDA 2006, S. 29). Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich im Bereich des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus. Das bestehende Fördersystem ist z.B. auf Hausgemeinschafts-Projekte nicht ausgerichtet (ebd.). Wurden die Wohnungen bereits öffentlich gefördert, ergibt sich das Problem, dass neue Bewohner nicht nur zur

Wohngemeinschaft passen, sondern zusätzlich noch den Förderrichtlinien entsprechen müssen (ebd.).

Die bereits realisierten und befragten Projekte gemeinsamen Wohnens im Alter haben eine Fülle von Erfahrungswerten generiert (Osterland 2000; Fuchs/Orth 2003; Hieber et al. 2005; IfSS 2005; Andritzky/Strack 2007; Janz/Bilharz 2008), von denen zukünftige Projekte profitieren können. Eine zentrale Erfahrung und damit auch eine wichtige Empfehlung ist die Aussage, dass die Entscheidung für gemeinsames Wohnen im Alter so früh wie möglich getroffen werden sollte, d.h. z.B. lieber mit 65 als mit 75 Jahren (Fuchs/Orth 2003, S. 134; Finanztest 2005, S. 40; IfSS 2005, S. 60). Dies hat mehrere Gründe. Der Übertritt von der Erwerbs- in die Nacherwerbsphase stellt eine zentrale Umbruchssituation dar und bildet damit ein geeignetes Zeitfenster, da die Betroffenen eine Neugestaltung der Alltagsroutinen vornehmen müssen. Des Weiteren nehmen die Wahrscheinlichkeit für gesundheitliche Beeinträchtigungen mit zunehmendem Alter und damit auch mögliche kritische Belastungen für gemeinschaftliches Wohnen zu. Deshalb ist es hilfreich, wenn gemeinsames Wohnen schon längere Zeit vor dem Eintritt kritischer Beeinträchtigungen praktiziert wurde, damit stabile Alltagsroutinen im Umgang miteinander eingeübt werden können. Allerdings ist es wichtig festzuhalten, dass es in gemeinschaftlichen Wohnprojekten im Allgemeinen nicht um den Ersatz professioneller, sondern „nur“ um die Wiederherstellung normaler Nachbarschaftshilfe gehen kann (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 79). Die Praxis gemeinschaftlicher Wohnprojekte zeigt, dass diesbezüglich bei den Beteiligten realistische Erwartungen bestehen und dass bei längerfristigen Unterstützungsleistungen auf externe Dienste zurückgegriffen wird (Hieber et al 2005, S. 99). Beim Mehrgenerationenwohnen ist darauf zu achten, dass ältere Menschen andere Bedürfnisse haben als z.B. Familien. Dies betrifft vor allem die Wahrnehmung von Kinderlärm, die regelmäßig zu Konflikten führt (Fuchs/Orth 2003, S. 62).

Ein besonderes Augenmerk gilt den gemeinschaftlich genutzten Wohnflächen. Es hat sich gezeigt, dass funktional als Gemeinschaftsraum ausgewiesene Räume nicht unbedingt die effektivste Form zur Ermöglichung von Gemeinschaft darstellen (Weeber/Hörmler 1998, S. 96). Eine (große) Küche ist meist das Zentrum der Alltagskommunikation. Auch eine Sitzecke im Flur oder ein Wintergarten entfalten oft kommunikativere Wirkung als ein gemeinsames Wohnzimmer (ebd.). Für Wohngemeinschaften ist ein abgetrenntes Schlafzimmer unabdingbar (Schauerte et al. 1998., S. 296). Darüber hinaus sollte Wohnen und Schlafen getrennt sein. Ist die Trennung der beiden funktionalen Bereiche nicht mehr möglich, wird dies als sozialer Abstieg gewertet (Weeber/Hörmler 1998, S. 88). Auch ein eigenes Bad wird meist von den Bewohnern gewünscht (ebd.). Diese Wünsche spiegeln sich in den realisierten Wohnprojekten als eindeutige Tendenz zur Ausweitung des Individualbereichs wider (ebd.,

S. 67). Dies betrifft sowohl betreute als auch selbstorganisierte Formen gemeinschaftlichen Wohnens. Gemeinschaftliche Wohnfläche wird – wenn es sich finanzieren lässt – nicht anstelle, sondern zusätzlich zu individueller Wohnfläche angestrebt. Dementsprechend überwiegen z.B. bei selbstorganisierten Projekten Wohnformen mit abgeschlossenen Wohnungen pro Partei (ebd., S. 63).

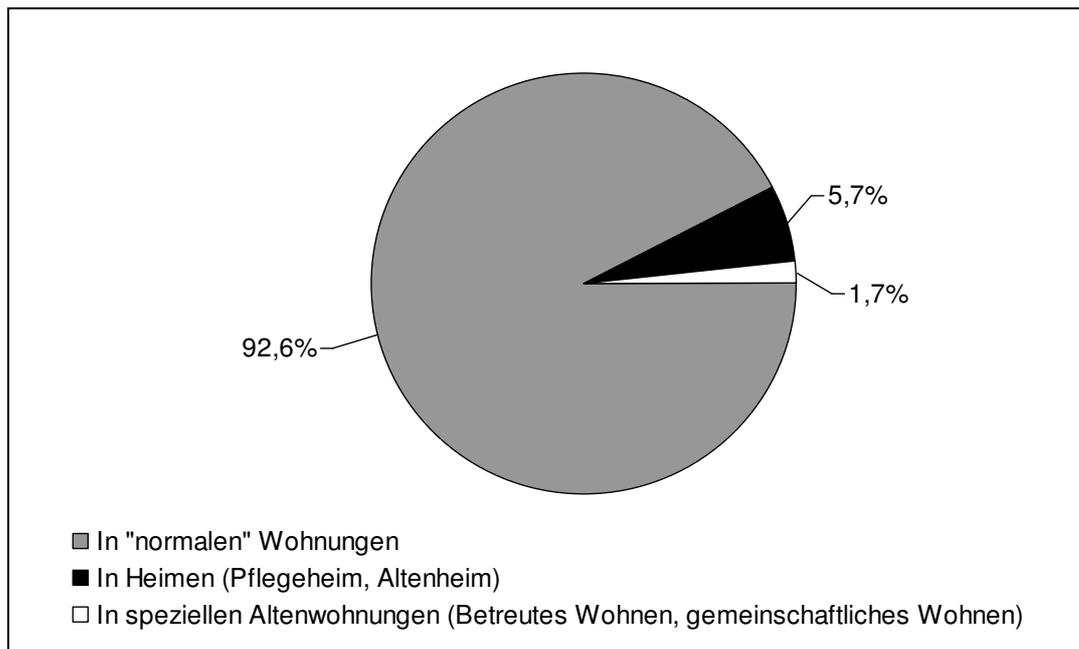
Die große Herausforderung für eine erfolgreiche Realisierung von gemeinschaftlichen Wohnformen lässt sich zusammenfassen in der Losung „Nähe auf Distanz“ (ebd., S. 69). Nur wenn es gelingt, eine stabile Balance zwischen Gemeinschaft und Privatsphäre aufrecht zu erhalten, können gemeinschaftliche Wohnprojekte erfolgreich sein (Schauerte et al. 1998, S. 153). Dabei kann externe Hilfeleistung entscheidende Impulse geben. Zahlreiche Haus- oder Wohngemeinschaften verdanken ihre Existenz der Initiative von Vereinen oder Gruppen, die in der Altenarbeit aktiv sind und über entsprechendes Know-how verfügen (Fuchs/Orth 2003, S. 44). Aber auch andere wohnpolitische Akteure sind gefragt: „Die meisten Fachleute sind sich darin einig, dass die Zahl der Projekte wesentlich größer sein könnte, wenn die Rahmenbedingungen verbessert würden. Hierauf deuten etwa die Erfahrungen der Stadt Hamburg hin, die seit Jahren die Rahmenbedingungen für die Verbreitung solcher Wohnprojekte erleichtert und wo vergleichsweise viele Projekte realisiert werden konnten“ (KDA 2006, S. 30).

2.4 Status Quo und Ausblick

Gemeinschaftliche Wohnformen im Alter sind die Ausnahme (Weeber/Hörmler 1998, S. 63). Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Jahr 2001 lebten in Deutschland von ca. 11,6 Mio. Menschen, die 65 Jahre und älter waren, ca. 10,7 Mio. Menschen in „normalen“ Wohnungen (92,6%). Ca. 660.000 Menschen lebten in Einrichtungen der Altenhilfe (5,7%) und lediglich ca. 200.000 lebten in speziellen Altenwohnungen wie Betreutes Wohnen oder gemeinschaftliche Wohnformen (1,7%) (Abbildung 2). Von diesen speziellen Altenwohnungen machen die gemeinschaftlichen Wohnformen wiederum nur einen kleinen Teil aus. Auf der Basis einer Vollerhebung in Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland schätzen die Autoren einer Studie zum Wohnen im Alter die Zahl auf rund 250 Projekte gemeinsamen Wohnens in Deutschland mit etwa 5.000 Wohnungen (KDA 2006, S. 27). Noch geringer ist die Verbreitung von quartiersbezogenen Wohn- und Betreuungskonzepten. Zwar wird von vielen Bemühungen und Interessensbekundungen seitens der Kommunen berichtet, aber Konzepte, die mehr als nur einzelne ad-hoc durchgeführte Maßnahmen beinhalten, gibt es bisher wenige (ebd., S. 37). Über 50% der befragten Städte kennt keine eigenen gemeinschaftlichen Wohnprojekte und nur rund 25% berichten von quartiersbezogenen Projekten (ebd., S. 73-74). Nur 10 Gebietskörperschaften kennen mehr als fünf

derartige Wohnprojekte (ebd., S. 28). Narten konstatiert denn auch ein Missverhältnis zwischen öffentlichem Interesse und realisierten Projekten (Narten 2005b, S. 80). Ganz anders sieht es beim Gegenstück gemeinschaftlichen Wohnens aus: Rund ein Drittel der Haushalte mit Menschen von 65 und älter sind Einpersonenhaushalte (Schauerte et al. 1998, S. 302).

Abbildung 2: Verteilung der Wohnformen im Alter (65 Jahre und älter)



Quelle: BmFSFJ 2001, S. 124.

Gemeinschaftliche Wohnformen im hier verstandenen Sinne haben eine zentrale Gemeinsamkeit: Sie sind die Ausnahme, nicht die Regel: „Mehr als die Hälfte aller Kommunen, die Angaben über ihr Angebot an neuen Wohnformen machen konnten, verfügt weder über gemeinschaftliche Wohnprojekte noch über betreute Wohn- und Hausgemeinschaften“ (KDA 2006, S. 73). Auch wenn Sennlaub (2005, S. 175) davon ausgeht, dass das Zusammenreffen von gesellschaftspolitischen Interessen (Selbstbestimmung), ökonomischen Interessen (knappe öffentliche Mittel) und individuellen Interessen (Suche nach Gemeinschaft) Altenwohngemeinschaften mehr und mehr salonfähig machen wird, deuten viele Faktoren darauf hin, dass es ein Wachstum in der Nische bleibt. Höpflinger (2004, S. 104) sieht ein zentrales Problem bei Alterswohngemeinschaften darin begründet, dass das zentrale Interesse der Bewohner am Wohnen und weniger an der Gemeinschaft liegt. Den Ideen gemeinschaftlichen Wohnens wird zwar vom Grundsatz her zugestimmt. Aber insbesondere die Wohn-

gemeinschaft gilt als „gute Idee – für andere“ (ebd., S. 121). Stattdessen überwiegt ein starker Autonomie-Wunsch der Älteren, der letztlich auch zu einer deutlichen Abnahme von familienbezogenem Mehrgenerationen-Wohnen geführt hat (ebd., S. 40). In einer Befragung von zu Hause lebenden Personen im Alter von 60 und älter zur Akzeptanz von unterschiedlichen Wohnformen erhielten die Wohnoptionen Zimmer/Wohnungsteil und Wohngemeinschaft denn auch die höchsten Nein-Werte: Von den Befragten können sich 75% (Zimmer/Wohnungsteil) bzw. 62% (Wohngemeinschaft) nicht vorstellen, in Zukunft auf diese Weise zu wohnen (ebd., S. 86). Höpflinger (2004, S. 118) stellt ernüchternd fest, dass der Wunsch nach Zusammenleben mit Haustieren größer ist als der Wunsch nach Zusammenleben mit Menschen.

Trotzdem sind Wohn- und Hausgemeinschaften in der Gesellschaft angekommen. Sie sind ein fester und öffentlich geförderter Bestandteil der Wohnlandschaft geworden (Sennlaub 2005, S. 173). Der Wert von selbstbestimmten gemeinschaftlichen Wohnformen liegt dabei primär in ihrem Charakter als Experimentierfeld für Veränderungen im privaten wie im institutionellen Wohnungsmarkt für altersgerechte Wohnformen (Höpflinger 2004, S. 102). Zwei Gründe lassen darauf schließen, dass insbesondere generationenübergreifende Projekte weiter an Bedeutung gewinnen können (Weeber/Hörmlle 1998, S. 70): Zum einen bringen die jungen Älteren offenere Wertvorstellungen für ein Wohnen im Alter mit. Zum anderen werden durch erfolgreich realisierte Projekte Hemmschwellen abgebaut. Beispiele in Bielefeld und Braunschweig zeigen, dass erfolgreiche Pilotprojekte steigenden Bedarf nach sich ziehen (ebd., S. 71).

3 Gemeinsames Wohnen im Alter: Eine Nachhaltigkeitsinnovation?

Nachdem verschiedene Aspekte gemeinsamer Wohnformen im Alter dargestellt wurden, soll im Folgenden die Bedeutung dieser Wohnformen im Hinblick auf die Förderung eines nachhaltigen Konsums näher betrachtet werden. Während gemeinsames Wohnen im Alter unter gerontologischen Fragestellungen schon länger diskutiert wird, ist eine Verknüpfung gemeinsamen Wohnens im Alter mit Aspekten nachhaltigen Konsums mir bisher nicht bekannt. Im Rahmen einer explorativen Befragung von Mitgliedern eines Umweltverbandes zu besonders relevanten Handlungsfeldern nachhaltigen Konsums bin ich auf das Thema gestoßen (Bilharz 2008, S. 233-326).

Die Idee eines gemeinsamen Wohnens im Alter wurde dabei von einzelnen Interviewpersonen selbst ins Gespräch eingebracht (ebd., S. 312-314). Die Interviewpartner äußerten sich dahingehend, dass man sich zunehmend vorstellen könne, im Alter in eine kleinere Wohnung und/oder in die Stadt und/oder mit anderen zusammenzuziehen. Nicht nur „der Garten wird im Alter größer“, wie es eine Interviewpartnerin ausdrückte, auch die Zahl der ungenutzten Räume steigt nach dem Auszug der Kinder oder dem Tod eines Lebenspartners. Dadurch entsteht für Hausbesitzer ein Dilemma: Auf der einen Seite hat man das Haus oft auch als „Altersruhesitz“ gebaut oder gekauft, auf der anderen Seite hat man Aufwand und Kosten für ungenutzten Wohnraum, die man gerne vermeiden würde. Eine Vermietung einzelner Räume ist jedoch oft nicht möglich oder mit großen Unsicherheiten verbunden, die man lieber meidet.

Dieser ungenutzte bzw. „überflüssige“ Wohnraum ist aber nicht nur ein individuelles Kostenproblem, sondern stellt auch einen „Big Point“ nachhaltigen Konsums dar. Die Interviewpartner haben alleine für die Bereiche Heizen und Wohnen einen Pro-Kopf-Energieverbrauch in Höhe von durchschnittlich ca. 17.000 kWh. Das entspricht schon rund einem Drittel des gesamten persönlichen Energieverbrauchs. Bewohnen nun z.B. zwei Personen statt einer Person ein Haus, halbiert sich nicht nur der Flächen- sowie der indirekte Energieverbrauch pro Kopf (z.B. für die Erstellung und Bestandserhaltung des Hauses). Auch der direkte Energieverbrauch pro Person nimmt für das Heizen im Normalfall deutlich ab, da z.B. Gemeinschaftsräume nicht proportional zur Zahl der Nutzer beheizt werden. Des Weiteren hat die Zahl der Bewohner eines Hauses bzw. einer Wohnung auf den Energieverbrauch in anderen Konsumbereichen Folgen. Mehrpersonenhaushalte machen vielfach die gemeinsame Nutzung von Gütern und Dienstleistungen erst möglich oder vereinfachen diese, was sich deutlich auf den Pro-Kopf-Energieverbrauch auswirkt, wie die Studie bestätigen konnte. So weisen Zweipersonenhaushalte bereits einen um 10.000 kWh geringeren Pro-Kopf-Energieverbrauch auf als Einpersonenhaushalte (ebd.). Schließlich wurde von den Interviewpartnern auch die soziale Dimension von gemeinschaftlichen Wohnformen im Alter betont. Es wurde auf die drohende Vereinsamung im Alter hingewiesen. Dem könne durch gemeinsame Wohnformen entgegengewirkt werden.

Im Folgenden sollen diese Überlegungen anhand der aufgearbeiteten gerontologischen Literatur und entsprechender empirischer Studien kritisch reflektiert werden. Hierzu werden die drei Bewertungsrationalitäten der Nachhaltigkeit als Analyserahmen zu Grunde gelegt (Belz/Bilharz 2007, S. 24).

3.1 Ökologische Betrachtung

Die Größe der Wohnung und die Zahl der Bewohner pro Wohneinheit haben einen sehr großen Einfluss auf den individuellen Energie- und Ressourcenverbrauch. Damit gemeinschaftliche Wohnformen ökologische Vorteilhaftigkeit erlangen können, müssen sie daher insbesondere mit einer geringeren Wohnfläche pro Person einhergehen. Ob dieser Effekt durch gemeinsames Wohnen im Alter in der Praxis erzielt werden kann, ist allerdings unklar.

Einerseits betrachten in einer repräsentativen Befragung in der Schweiz rund 30% der Befragten den Umzug in eine kleinere Wohnung als denkbare Zukunftsoption (Höpflinger 2004, S. 53). Auch ist der Anteil der Älteren, die ihre Wohnung für zu groß halten (19%) bedeutend größer als der Anteil derjenigen, die ihre Wohnung für zu klein halten (3%) (ebd., S. 60). Damit könnte man das Marktpotenzial von Älteren, die bereit sind, in eine kleinere Wohnung zu ziehen, in der Größenordnung von rund 20-30% taxieren. Dies ist eine durchaus relevante Größenordnung. Das Wohnen in einer Altenwohngemeinschaft halten hingegen nur noch 11% für denkbar, für weitere 25% ist es eine Zukunftsoption, „wenn es sein muss“, wo hingegen für 62% eine Altenwohngemeinschaft nicht in Frage kommt (ebd., S. 86).

Andererseits stehen dieser vage geäußerten Bereitschaft für den Umzug in eine kleinere Wohnung oder in eine Altenwohngemeinschaft deutlich gegenläufige Tendenzen gegenüber. Zum einen geht der gesellschaftliche Trend auch bei älteren Menschen in die entgegengesetzte Richtung. So hat z.B. in der Schweiz der Anteil der Personen im Alter von 65 und älter, der in einem Drei- und Mehr-Personen-Haushalt wohnt, kontinuierlich abgenommen und betrug 2003 nur noch 5% (Höpflinger 2004, S. 52). Zum anderen gilt eine große Wohnung auch im Alter als zentrales Merkmal von Lebensqualität (ebd.). Auch für alleinstehende ältere Menschen ist eine Zwei-Zimmer-Wohnung ein zentraler Wunsch (Schauerte et al. 1998, S. 293). In der gerontologischen Forschung wird gar ein Konsens postuliert, wonach ältere gegenüber jüngeren Menschen mehr Wohnfläche benötigen (z.B. zur Beherbergung von Familienmitgliedern) (Höpflinger 2004, S. 54). Darüber hinaus stimmt auch der Blick auf bereits realisierte Projekte gemeinschaftlichen Wohnens im Alter wenig optimistisch. Es lässt sich bei den Projekten ein Trend zu größeren Wohnungen und zu mehr Individualsphäre feststellen (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 77-79). Damit vergrößert sich aber wiederum die Wohnfläche pro Person, was aus ökologischer Sicht als negativ zu beurteilen ist. Außerdem verringern sich durch die Aufwertung der Individualsphäre die Möglichkeiten zur gemeinsamen Nutzung von Gütern und damit die Chancen auf indirekte ökologische Effekte. D.h. selbst bei einer positiven Entwicklung der Nachfrage nach gemein-

schaftlichen Wohnformen im Alter ist kaum auf ökologische Effekte zu hoffen. Den individuell *möglichen* hohen ökologischen Entlastungseffekten durch gemeinsames Wohnen stehen demnach grundlegende gesellschaftliche Trends hin zu größerem Wohnraum entgegen.

Nichtsdestotrotz könnten sich unter zwei Bedingungen ökologische Entlastungseffekte ergeben: Zum einen könnte bei zunehmender Altersarmut die (unfreiwillige) Nachfrage nach kleinerem und gemeinsam genutztem Wohnraum steigen. Fuchs/Orth (2003, S. 14) sind deshalb auch der Ansicht: „Das gemeinschaftliche Wohnen im Alter hat Zukunft – ob wir wollen oder nicht“. Aus einer historischen Betrachtung gemeinsamer Wohnformen könnte man ergänzen: „Nur“ wenn die individuellen finanziellen Spielräume geringer werden und individuelle Wohnformen erschweren, werden sich gemeinsame Wohnformen weiter verbreiten (Sennlaub 2005, S. 173). Zum anderen könnte die Realisierung von Siedlungs- bzw. Quartierskonzepten (Kremer-Preiß/Stolarz 2004) eine verkehrsvermeidende Infrastruktur und damit ökologische Entlastungseffekte durch gemeinsames Wohnen nach sich ziehen.

3.2 Ökonomische Betrachtung

Als ökonomische Vorteile gemeinsamen Wohnens im Alter werden hier individuelle Vorteile aus der Sicht von Konsumenten betrachtet. Diese Vorteile lassen sich mit Hilfe einer Kosten-Nutzen-Betrachtung beschreiben (z.B. Belz 2001, S. 65-78). Ökonomisch sind Wohnalternativen in diesem Sinne dann, wenn sie gegenüber traditionellen Wohnformen die gleiche oder eine bessere Kosten-Nutzen-Bilanz aufweisen.

Eine bessere Nettonutzenbilanz lässt sich über geringere Kosten oder über einen höheren Nutzen erzielen. Als zentrale Vorteile gemeinsamen Wohnens im Alter werden gemeinhin finanzielle Ersparnisse durch gemeinschaftlich genutzte Wohnfläche und Gebrauchsgegenstände, geringere Pflegekosten sowie eine höhere Lebensqualität postuliert (z.B. Weeber/Hörmle 1998, S. 57-58). Alle drei Aspekte können sowohl bejaht als auch verneint werden. Ob ein höherer individueller Nettonutzen im konkreten Einzelfall realisiert werden kann, ist von eben diesem Einzelfall abhängig. Betrachtet man die Ausgabenstruktur bei älteren Menschen, so ist von finanziellen Ersparnissen bei Erhöhung der Haushaltsgröße auszugehen. Denn „die Konsumquoten von Einpersonenhaushalten sind grundsätzlich höher als die der Zweipersonenhaushalte“ (BmFSFJ 2005, S. 230). Die kritische Frage hinsichtlich der Kostenbilanz ist aber, ob Gemeinschaftsflächen zusätzlich oder anstelle von individueller Nutzfläche bereitgehalten werden. Im ersten Fall verteuert gemeinschaftliches Wohnen eher die Wohnausgaben. Dementsprechend stellen die zusätzlichen Kosten von Gemeinschaftsräumen auch immer wieder ein Problem bei der Realisierung entsprechender

Projekte dar (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 85-86, 124). Auch bei den Pflegekosten gibt es gegenteilige Erfahrungswerte. So gibt es einerseits Hinweise, dass das Leben in (betreuten) Wohngemeinschaften sich positiv auf die Gesundheit der Bewohner auswirken kann (Weeber/Hörmle 1998, S. 57). Andererseits können im Pflegefall die Kosten sogar über den Kosten für einen Platz im Pflegeheim liegen (R+V 2006, S. 17). Ob durch gemeinsames Wohnen im Alter die Lebensqualität erhöht werden kann, ist eine in hohem Maße subjektiv zu beantwortende Frage und hängt stark von der jeweiligen Gemeinschaft und den darin verankerten Kommunikationsformen ab (Kapitel 2.3).

Eine pauschale Aussage hinsichtlich der Kosten-Nutzen-Struktur von gemeinsamen Wohnformen im Alter lässt sich demnach nicht treffen.

3.3 Soziale Betrachtung

Gemeinschaftliches Wohnen im Alter kann auch einen über den individuellen Nutzen hinausgehenden gesellschaftlichen Nutzen leisten. Dies betrifft vor allem die Abfederung von Altersarmut, die Verringerung der Gefahr von Isolation und Vereinsamung sowie die Aktivierung zur Selbsthilfe. Alle drei Aspekte hängen sehr eng miteinander zusammen und sind vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen zu diskutieren. „Durch die Zunahme von Einpersonenhaushalten, den zahlenmäßigen Rückgang der jüngeren Altersgruppen und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen wird die Pflege alter Menschen innerhalb der Familie in Zukunft immer weniger zu leisten sein“ (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 7). Das Alleinleben ist bereits heute die typische Lebensform für Hochbetagte (Weeber/Hörmle 1998, S. 55). Der Anteil der Hochaltrigen, die alleine leben, liegt bei rund 60% (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 7). Ein weiteres Problem ergibt sich durch den steigenden Anteil von kinderlosen älteren Menschen: „Während heute etwa jede zehnte 60-Jährige kinderlos ist, trifft dies in 20 Jahren auf ein Viertel und in 30 Jahren auf ein Drittel der Frauen zu, die ins Rentenalter eintreten. Diese Entwicklungen in Verbindung mit der heutigen Individualisierung von Lebensformen und der steigenden Lebenserwartung haben erhebliche Konsequenzen für die Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen“ (ebd.). Dabei ist zu beachten, dass heute noch über „80 % der regelmäßig Hilfe- und Pflegebedürftigen zumeist durch Familienmitglieder unterstützt (werden)“ (ebd.). Der Wegfall dieser familiären Unterstützung muss entweder durch professionelle oder durch neue informelle Hilfe ersetzt werden (ebd.). Vor diesem Hintergrund erscheint deshalb der Aufbau nichtfamiliärer Hilfenetze durch Formen gemeinschaftlichen Wohnens besonders vielversprechend. Es geht dabei um die Aktivierung zur Selbsthilfe im Sinne eines Empowerment-Ansatzes (Osterland 2000, S. 16-20).

Diese Aktivierung zur Selbsthilfe betrifft aber nicht nur mögliche Unterstützung bei (einfacher) Pflege und Unterstützung alltäglicher Arbeiten, sondern zunehmend auch die Sicherung finanzieller Handlungsfreiräume. Bei älteren Menschen ist der Anteil der Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung an den Gesamtausgaben vergleichsweise hoch (BmFSFJ 2005, S. 229). „Hier spiegelt sich u.a. die Weiternutzung großer und kostspieliger Wohnungen bei gleichzeitiger Reduktion der Haushaltsgrößen und -einkommen wider“ (ebd.). Gleichzeitig gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sich die zukünftigen Ruhestandseinkommen verringern könnten (DZA 2005, S. 5). „Sowohl das Risiko von Einkommensarmut als auch einer steigenden Einkommensungleichheit im Alter sind absehbare Folgen verschiedener in die Wege geleiteter Veränderungen im Zusammenspiel mit der ökonomischen und demografischen Entwicklung“ (BmFSFJ 2005, S. 186). Angebote zur Reduktion der Ausgaben für das Wohnen durch spezifische Angebote gemeinschaftlichen Wohnens können zwar nicht die prognostizierte Zunahme von Altersarmut verhindern, diese aber sozialverträglich abfedern. An die Stelle eines von außen erzwungenen Umzugs in eine kleinere Wohnung oder an die Stelle einer eingeschränkten Konsumwahl in anderen Konsumbereichen aufgrund nicht mehr ausreichender Einkommen tritt beim gemeinsamen Wohnen im Alter die selbstbestimmte Entscheidung für eine alternative Wohnform. Im Vordergrund steht dann das eigenverantwortliche Verändern statt des fremdbestimmten Verkleinerns des Wohnumfelds.

Damit kann schließlich auch der Gefahr von Isolation und Vereinsamung entgegenwirkt werden (Weeber/Hörmlle 1998, S. 55). Das gemeinsame Wohnen ermöglicht so mehr Mitbestimmung bei gleichzeitiger Einbindung in eine soziale Gruppe (Sennlaub 2005, S. 171). Die Aktivierung dieses Selbsthilfepotenzials hat auch Vorteile für Vermieter oder Hausgemeinschaften, da sie die Fluktuation von Mietern verringern kann (ebd.).

Allerdings darf man auch diese sozialen Aspekte nicht idealisieren. Es zeigt sich z.B., dass Nachbarschaftshilfe meist nur unter Gleichaltrigen und nur nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit geleistet wird (Weeber/Hörmlle 1998, S. 189). Auch von der viel gelobten Altersmischung, die durchaus belebend und gut für die Wohnatmosphäre sein kann, sollte man sich nicht zu viel Austausch erwarten (ebd.).

3.4 Fazit

Die Betrachtung gemeinschaftlicher Wohnformen im Alter unter einer Nachhaltigkeitsperspektive lässt sich wie folgt zusammenfassen. „Der Wunsch, in den ‚eigenen vier Wänden‘ alt zu werden war vor 20 Jahren so stark wie heute und der ‚Wohnalltag‘ spielte sich damals wie heute in quantitativer Hinsicht vor allem im Sinne der traditionellen Form

des privaten Wohnens ab“ (BmFSFJ 2005, S. 236). Nichtsdestotrotz stellen neue gemeinschaftlich orientierte Wohnformen einen interessanten Nischenmarkt dar (ebd., S. 238), der soziale, individuelle und ökologische Vorteile gegenüber traditionellen Wohnformen entfalten *kann*. Insbesondere aus sozialer Sicht stellen sie interessante Ansätze dar, um einerseits dem Phänomen der Vereinsamung in einer älter werdenden Gesellschaft entgegenzuwirken, andererseits aber auch eine zunehmende Altersarmut abzufedern. Die Realisierung der sozialen und individuellen Vorteile ist allerdings kein Selbstläufer, sondern muss „erarbeitet“ bzw. abgesichert werden. Inwieweit ökologische Entlastungseffekte durch gemeinsames Wohnen im Alter realisiert werden können, bleibt unklar, zumal ökologische Zielsetzungen (Verringerung der Wohnfläche pro Person) konträr zu sozialen und individuellen Zielsetzungen stehen. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sind deshalb ökologische Entlastungseffekte – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang zu erwarten.

4 Verbraucherpolitische Schlussfolgerungen

Das gemeinsame Wohnen im Alter liefert in der Theorie grundlegende Lösungsansätze für zwei große gesellschaftliche Herausforderungen: Den demografischen Wandel einerseits sowie das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung andererseits. Gemeinsames Wohnen im Alter begegnet diesen Herausforderungen durch die Aktivierung zur Selbsthilfe, dem Empowerment einer größer und älter werdenden Generation älterer Menschen. Indem es das soziale Miteinander und den Gewinn an Lebensqualität in den Lösungsfokus stellt, eröffnet es aber auch Möglichkeiten, durch eine Kultur des Teilens und des gemeinsamen Nutzens (Erlhoff 1995) natürliche Ressourcen zu schonen.

Gemeinsame Wohnformen im Alter sind aber – das hat die Analyse deutlich gemacht – kein Selbstläufer: Weder im Hinblick auf ihre Verbreitung noch im Hinblick auf die von ihnen erhofften Lösungsbeiträge. Lediglich über die „Hintertür“ einer Verknappung privater und öffentlicher Mittel könnten alternative Wohnformen den Sprung aus der Nische schaffen. Damit sich dann aber auch die erhofften Vorteile gemeinsamen Wohnens im Alter einstellen können, ist es notwendig, kollektives Wissen und kollektive Erfahrungen mit diesen Wohnformen zu sammeln und ihre Realisierung bereits heute systematisch zu unterstützen.

Für verbraucherpolitische Akteure ergeben sich hieraus zwei wichtige Ansatzpunkte:

1. Initialisierung und Intensivierung von Verbraucherberatung und -bildung

Es wird deutlich, dass ein enormer Nachholbedarf an Verbraucheraufklärung und -bildung im Hinblick auf die Bedürfnisse älterer Konsumenten besteht (BmFSFJ 2005, S. 275). Aufgrund seiner umfassenden Bedeutung für ältere Menschen – z.B. hinsichtlich finanzieller als auch zeitlicher Aspekte – sollte dem Wohnen dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Verbesserung von Verbraucherschutz und Interessenvertretung in der Altenhilfe ist hierbei zwar ein wichtiges Thema (BmFSFJ 2004, S. 84-111), aber betrifft nur einen Teilaspekt des Wohnens im Alter (KDA 2006, S. 40-47). Mit der Vielfalt der Wohnangebote steigt für Konsumenten der Gestaltungsspielraum, aber auch der Informations- und Orientierungsbedarf an. Während die finanzielle Altersvorsorge vermehrt in den Fokus von Verbraucherpolitik und -information geraten ist, wird das Wohnen im Alter bisher noch viel zu sehr unter pflegerischen und weniger unter umfassenderen Gesichtspunkten betrachtet. Dabei ist es gerade für gemeinschaftliche Wohnformen entscheidend für den Erfolg, möglichst frühzeitig die Entscheidung für ein solches Wohnprojekt zu treffen (Fuchs/Orth 2003, S. 134; Finanztest 2005, S. 40; IfSS 2005, S. 60). Der von der Stiftung Warentest vorgelegte Ratgeber „Wohnen im Alter“ (Keller 2006) ist sicherlich ein erster wichtiger, aber bei weitem nicht ausreichender Schritt in Richtung besserer Verbraucherberatung. Insbesondere die mangelhafte Ausstattung mit Wohnberatungsstellen in Deutschland ist vor diesem Hintergrund kritisch zu reflektieren (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 43; IfSS 2005, S. 60): „Beratung, Beratung und nochmals Beratung. Das ist das A und O bei solchen Projekten“ (Greiffenhagen 2007, S. 46).

2. Aufbau gemeinschaftlicher Elemente in Siedlungen

Das Beharren am traditionellen Wohnen zeigt, dass es nicht nur darum gehen kann, neue Wohnformen zu entwickeln und zu verbreiten, sondern dass es in erster Linie darum gehen muss, in den bestehenden Versorgungsstrukturen und Wohngebieten die unterschiedlichen Wohnmodelle zu vernetzen und zu integrieren (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 157). Dies beinhaltet drei wesentliche Vorteile:

„Die „normalen“ Wohnungen älterer Menschen sind in ein Versorgungsnetz eingebunden und können die wichtigste Wohnform auch im Alter bleiben.

Soziale Kontakte und gegenseitige Unterstützung zwischen den Generationen lassen sich in einem Quartier, in dem die Generationen ohnehin zusammenleben, leichter organisieren.

Auch bei einem notwendigen Umzug in eine besondere Wohnform kann dem Bedürfnis nach Verbleib im angestammten Wohnumfeld leichter Rechnung getragen werden, indem

solche zusätzlichen Wohnformen in ein Gesamtkonzept der Betreuung für ein Wohnquartier integriert werden.“ (ebd.).

Quartiersbezogenen Wohnkonzepten kommt deshalb in Zukunft eine zentrale Bedeutung zu (ebd., S. 157; Kremer-Preiß/Stolarz 2004; Höpflinger 2004, S. 124; Narten 2005a, S. 75-77; Schweikart 2005, S. 142-147; Krämer et al. 2005, S. 166). Diese sind auf eine kleinräumige Vernetzung und Integration unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsangebote ausgerichtet. „Wenn Altsein immer ‚normaler‘ wird, müssen auch Wohn- und Versorgungsformen möglichst ‚normal‘ sein“ (Kremer/Stolarz 2003, S. 110). Gleichzeitig gilt aber: „Wenn die Zahl älterer hilfe- und pflegebedürftiger Menschen deutlich steigt, gleichzeitig aber immer weniger Pflegebedürftige eine Heimunterbringung akzeptieren und die Tragfähigkeit familiärer Netzwerke immer mehr abnimmt, werden alternative Wohn- und Betreuungsangebote zum Heim zu erproben und auszubauen sein“ (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 9). Da hierbei aber einzelne Akteure wie Kommunen oder Wohnbaugesellschaften überfordert sind, geht es darum, kooperative Ansätze zu entwickeln, die das Lösungspotenzial einzelner Akteure potenzieren (Greiffenhagen 2007, S. 48). Damit sind verbraucherpolitische Maßnahmen im Sinne der zweiten Säule einer modernen Verbraucherpolitik angesprochen, die über klassische Verbraucherinformation und -bildung hinausgehen (Belz/Bilharz 2007, S. 42). Dass dies funktioniert, zeigt z.B. die Stadt Breda in den Niederlanden, in der neben Wohnungsunternehmen und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege auch Verbraucherverbände an der Organisation von Wohnquartieren beteiligt sind (Kremer-Preiß/Stolarz 2003, S. 182). Bürgerschaftliches Engagement ist in diesem Zusammenhang zwar wichtig und hilfreich, bedarf aber auch der Aktivierung und Unterstützung (KDA 2006, S. 74). Dies gilt auch im Hinblick auf das große Informationsdefizit bei den Kommunen (ebd., S. 75-76). Eine solche Aufwertung des Nahraumes könnte dann auch im Sinne einer nachhaltigen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik einen über gereontologischen Fragestellungen hinausgehenden ökologischen Nutzen generieren.

Literaturverzeichnis

- Andritzky, M./Strack, H. (Hrsg.) (2007): Gemeinsam wohnen im Alter: Chancen – Probleme – Perspektiven, Karlsruhe.
- Belz, F.-M. (2001): Integratives Öko-Marketing. Erfolgreiche Vermarktung sozial-ökologischer Produkte und Leistungen, Wiesbaden.
- Belz, F.-M./Bilharz, M. (2007): Nachhaltiger Konsum, geteilte Verantwortung und Verbraucherpolitik: Grundlagen, in: Belz, F.-M./Karg, G./Witt, D. (Hrsg.): Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert, Marburg, S. 21-52.
- Bilharz, M. (2008): „Key Points“ nachhaltigen Konsums. Ein strukturpolitisch fundierter Strategieansatz für die Nachhaltigkeitskommunikation im Kontext aktivierender Verbraucherpolitik, Marburg.
- BmFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2001): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Alter und Gesellschaft, Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin.
- BmFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2004): Altenhilfestrukturen der Zukunft – Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Bundesmodellprogramm, Berlin.
- BmFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) (2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin.
- DZA (Deutsches Zentrum für Altersfragen) (2005): Der Alterssurvey: Aktuelles auf einen Blick – Ausgewählte Ergebnisse (Erhebung 2002), Download: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/kapitel3.9-die-materielle-lage,property=pdf.pdf> [Zugriff: 23.04.2008].
- Erlhoff, M. (1995): Nutzen statt besitzen, Göttingen.
- Finanztest (2005): Gemeinsam statt einsam, in: Finanztest H. 11, Jg. 2005, S. 40-43.

- Fuchs, D./Orth, J. (2003): Umzug in ein neues Leben. Wohnalternativen für die zweite Lebenshälfte, München.
- Göschel, A. (2007): Die älter werdende Gesellschaft oder: Wie viel Gemeinschaft brauchen wir in Zukunft? In: Andritzky, M./Strack, H. (Hrsg.): Gemeinsam wohnen im Alter: Chancen – Probleme – Perspektiven, Karlsruhe, S. 7-28.
- Greiffenhagen, S. (2007): Theorie und Praxis selbstbestimmten Wohnens und Lebens im Alter oder: Wie viel Gemeinschaft können wir leben? In: Andritzky, M./Strack, H. (Hrsg.): Gemeinsam wohnen im Alter: Chancen – Probleme – Perspektiven, Karlsruhe, S. 29-48.
- Hieber, A./Mollenkopf, H./Wahl, H.-W./Oswald, F. (Hieber et al.) (2005): Gemeinschaftliches Wohnen im Alter: Von der Idee bis zum Einzug, Heidelberg.
- Höpflinger, F. (2004): Traditionelles und neues Wohnen im Alter (Age Report 2004), Zürich.
- IfSS (Institut für Sozialforschung und Sozialplanung) (Hrsg.) (2005): Wohnprojekt „OLGA“ – Oldies leben gemeinsam aktiv. Endbericht der Begleitforschung 2003-2005, Nürnberg.
- Ihlenfeldt, D. (2006): „Neues Wohnen im Alter“ – Analyse und Systematisierung möglicher Wohnformen in der Nachberufs- bzw. Nachfamilienphase, Magisterarbeit an der Universität Augsburg.
- Janz, K./Bilharz, M. (2008): Gemeinsames Wohnen im Alter: Neue Wohnformen auf dem Weg aus der Nische? Forschungsbericht, Freising/Weihenstephan.
- KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe) (2006): Wohnen im Alter: Strukturen und Herausforderungen für kommunales Handeln. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung der Landkreise und kreisfreien Städte, Berlin.
- Keller, S. (2006): Leben und Wohnen im Alter, Ratgeber der Stiftung Warentest, Berlin.
- Krämer, S. (2005): Wohnen und Wohnen im Alter – heute, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnen im Alter, Stuttgart, S. 40-67.
- Krämer, S./Kreuz, D./Narten, R./Schweikart, R./Tews, H. P. (Krämer et al.) (2005): Wohnen im Alter: Entwicklungsbilanz und Perspektiven, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnen im Alter, Stuttgart, S. 152-167.

- Kremer-Preiß, U./Stolarz, H. (2003): Neue Wohnkonzepte für das Alter und praktische Erfahrungen bei der Umsetzung – eine Bestandsanalyse, Köln.
- Kremer-Preiß, U./Stolarz, H. (2004): Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte: Dokumentation eines Expertenworkshop, Köln.
- Narten, R. (2005a): Wohnungsanpassung und quartiersnahe Alltagshilfen, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnen im Alter, Stuttgart, S. 68-79.
- Narten, R. (2005b): Gemeinschaftliches Wohnen im Alter, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnen im Alter, Stuttgart, S. 80-91.
- Osterland, A. (2000): Nicht allein und nicht ins Heim. Alternative: Alten-WG, Paderborn.
- R+V (Hrsg.) (2006): Klare Sache: Alternative Wohnkonzepte für den Ruhestand, Download: http://www.ruv.de/de/download/themenparks/pdf/alternative_wohkonzepte.pdf [Zugriff: 23.04.2008].
- Schauerte, M./Neitzel, M./Schneiders, K./Eichener, V. (Schauerte et al.) (1998): Dokumentation „Wohnen im Alter“. Bemerkenswerte Handlungsansätze und realisierte Projekte in Deutschland, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.) (1998): Wohnformen älterer Menschen im Wandel. Expertisenband 3 zum zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Frankfurt, S. 112-308.
- Schweikart, R. (2005): Quartiersbezogene Unterstützungsformen, in: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Wohnen im Alter, Stuttgart, S. 140-151.
- Sennlaub, A. (2005): Gemeinsame Altersversorgung im Wandel: Quo vadis Gemeinschaftliches Wohnen? In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, Jg. 53, H. 4, S. 166-176.
- Weeber, R./Hörmler, G. (1998): Barrierefreies Wohnen für ältere Menschen, insbesondere mit Blick auf Wohngemeinschaften, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): Wohnformen älterer Menschen im Wandel. Expertisenband 3 zum zweiten Altenbericht der Bundesregierung, Frankfurt, S. 52-111.

Angaben zum Autor



Michael Bilharz, geb. 1972, ist seit 2004 Mitarbeiter an der Professur für Betriebswirtschaftslehre der Brau- und Lebensmittelindustrie an der TU München. Er bearbeitet im Rahmen des Verbundforschungsprojektes „Verbraucherpolitik als Innovations- und Erfolgsfaktor für Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern“ (VIER) das Teilprojekt „Pro-Artikulationen als verbraucherpolitische Instrumente zur Förderung von Nachhaltigkeits-Innovationen“.

Von 1993 bis 1999 studierte er an der Universität Regensburg Pädagogik und Betriebswirtschaftslehre. Von 2000 bis 2002 arbeitete er im DFG-Forschungsprojekt „Förderung ökologischer Kompetenz“ am Lehrstuhl für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der LMU in München. Anschließend war er von 2002 bis 2004 Assistent am Institut für Wirtschaft und Ökologie an der Universität St. Gallen (IWÖ-HSG). Dort war er u.a. Projektmitarbeiter im Forschungsprojekt „Green Energy Market Development in Germany: Effective Public Policy and Emerging Customer Demand“ (2003-2004). Er promovierte 2008 an der Universität St. Gallen zum Thema „Key Points nachhaltigen Konsums“.